

Stand: 27.06.2026 05:38:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8971

"Freies Bankgeschäft für alle: Verhinderung politisch motivierten Debankings"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8971 vom 20.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11271 des WI vom 12.02.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026
4. Beschluss des Plenums 19/12450 vom 17.06.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 17.06.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Freies Bankgeschäft für alle: Verhinderung politisch motivierten Debankings

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt politisch motiviertes, illegitimes „Debanking“, das gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung verstößt. Es untergräbt das Vertrauen in Kreditinstitute, andere Finanzdienstleister und Aufsichtsbehörden, schließt Bürger, Medien, Parteien und Organisationen trotz verfassungsrechtlich geschützter politischer Ansichten oder Tätigkeiten vom Bankwesen aus und stellt damit eine schwerwiegende Form der Diskriminierung dar.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der rechtliche Ordnungsrahmen geändert wird, um politisch motiviertes Debanking zu unterbinden, insbesondere durch

- die Anpassung der Leitlinien und Handbücher von Aufsichtsbehörden, Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsunternehmen dahingehend, dass Reputationsrisiken, soweit sie zur Rechtfertigung politisch, sozial oder religiös motivierter Kontokündigungen oder Kontoverweigerungen herangezogen werden, ausdrücklich unzulässig sind. Soweit Reputationsrisiken geltend gemacht werden, soll eine ausführliche schriftliche Begründung zwingend vorgeschrieben werden, da unbegründete Kündigungen schwerwiegende wirtschaftliche Schäden verursachen und als Diskriminierung wahrgenommen werden können.
- die Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen (Sparkassengesetz – SpkG) für Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts, um verbindliche Rechtsnormen zu schaffen, die den gesetzlichen Versorgungsauftrag der Sparkassen präzisieren, die Gewährleistung des Zugangs zu grundlegenden Bankdienstleistungen verbindlich regeln und das Neutralitätsgebot gegenüber politischen Parteien klar definieren und daran binden. Alle Kreditinstitute und sonstigen Finanzdienstleistungsunternehmen sollen durch die Aufsichtsbehörden über diese Änderungen unterrichtet werden.
- die Verpflichtung der Kreditinstitute und sonstiger Finanzdienstleistungsunternehmen, frühere Kunden, die politisch unrechtmäßig ausgeschlossen wurden, zu identifizieren und wieder aufzunehmen, potenzielle Kunden, denen der Zugang verwehrt wurde, zu informieren und ihnen erneut Angebote zu machen, sowie Betroffene von verweigerter Zahlungsabwicklung zu identifizieren und zu informieren.
- die Vorlage einer Gesamtstrategie der Staatsregierung gegen politisches Debanking.
- die Überprüfung aller Kreditinstitute und sonstiger Finanzdienstleistungsunternehmen durch die Aufsichtsbehörden, die solche Praktiken hatten oder haben, mit Verhängung von Sanktionen wie Geldstrafen oder Einigungen.

Begründung:

Politisierendes illegitimes Debanking bezeichnet die Praxis von Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften oder anderen Finanzdienstleistern, Konten zu kündigen oder deren Eröffnung zu verweigern, obwohl die Kunden legale Geschäftsaktivitäten ausüben oder legitimen Anspruch auf Finanzdienstleistungen haben. Dies erfolgt entweder aufgrund politischer Überzeugungen, die das Kreditinstitut selbst missbilligt, oder unter Druck politischer Akteure, um politische Konkurrenten gezielt zu benachteiligen. Betroffene erhalten in der Regel keine Begründung und haben kaum rechtliche Handhabe, da private Anbieter über Zugang und Kündigung entscheiden.

Der Begriff „Reputationsrisiko“ wird in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verwendet und umfasst legitime betriebliche Risiken wie IT-Ausfälle, fehlerhafte Produkte oder kritische Auslagerungen. Allerdings darf er nicht dazu missbraucht werden, politisch, sozial oder religiös motivierte Kündigungen zu rechtfertigen. In solchen Fällen ist eine ausführliche schriftliche Begründung zwingend, da unrechtmäßige Kündigungen schwerwiegende wirtschaftliche und reputative Schäden verursachen können.

Am 7. August 2025 erließ US-Präsident Donald Trump die Executive Order „Guaranteeing Fair Banking For All Americans“, die politisch motivierte oder diskriminierende Kontokündigungen verbietet und Verstöße sanktioniert.

In Deutschland sind demokratische Parteien, regierungskritische Publizisten und Medien zunehmend von systematischem Debanking betroffen, was nicht nur zu erheblichen Einnahmeverlusten der Betroffenen führt, sondern vor allem einen direkten Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik darstellt.

Eine Dokumentation des journalistisch-investigativen Magazins Multipolar identifizierte über 70 Fälle von politisch motiviertem Debanking zwischen 2000 und 2025, darunter zahlreiche Beispiele in Bayern:

2013: Kündigung des Kontos eines Islam-Kritikers durch die Stadtsparkasse München und die Münchner Bank eG, mutmaßlich aufgrund seiner politischen Aktivitäten.

2014: Commerzbank kündigt nach 45 Jahren die Kontoverbindung eines Bankenkritikers (Die Linke), mutmaßlich aufgrund seiner politischen Aktivitäten.

2021: Volksbank-Raiffeisenbank Dachau kündigte das Konto des AfD-Ortsverbands Dachau.

2023: VR-Bank Landsberg-Ammersee kündigte die Konten von Stadträten (UBV) aus Landsberg am Lech, fünf Tage nach deren Ablehnung großer Festzelte der Bank in der Innenstadt.

2024: Volksbank Ulm-Biberach kündigte das Konto des AfD-Kreisverbands Neu-Ulm.

2024: Sparkasse Mittelfranken-Süd – es liegen hinreichende Indizien vor, dass die Sparkasse innerhalb ihres Geldwäsche-Überwachungssystems die Transaktionsfilter zum Nachteil der AfD ausgestaltet hat, und Bankmitarbeiter anschließend bei Spendern der AfD anriefen und diese aufforderten, von weiteren Spenden an die AfD abzusehen, und im Wiederholungsfall mit Kontokündigungen drohten.

Politisch motiviertes Debanking verstößt gegen zentrale rechtliche Normen in Bayern, Bund und Europa, da Bürger und Organisationen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen oder Tätigkeiten nicht ungleich behandelt werden dürfen:

- EU-Ebene: Art. 21 EU-Grundrechtecharta (Verbot der Diskriminierung aufgrund politischer Anschauung).
- Bundesebene: Grundgesetz Art. 3 Abs. 1 und Abs. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz, Verbot der Benachteiligung wegen politischer Anschauung).
- Landesebene Bayern: Bayerische Verfassung Art. 1 (Schutz der Würde des Menschen), Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz), Art. 118 (Recht auf Eigentum und freie wirtschaftliche Betätigung); Bayerisches Gleichbehandlungsgesetz (Diskriminierungsverbot u. a. wegen politischer Anschauung).

Debanking stellt nicht nur eine wirtschaftliche Belastung dar, sondern gefährdet auch die Meinungsfreiheit, da private Finanzinfrastrukturen politisch motivierte Eingriffe in demokratische Teilhabe ermöglichen. Aus diesem Grund ist ein klares Verbot willkürlicher Kontokündigungen und politisch motivierter Zahlungsblockaden erforderlich, um Rechtssicherheit und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/8971

Freies Bankgeschäft für alle: Verhinderung politisch motivierten Debankings

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 12. Februar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme dieser Voten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. – Gegenstimmen sehe ich keine, Stimmenthaltungen auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über den Antrag abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Statistiken

Integrierte EU-Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben (2030-2039)

17.12.2025 - 25.03.2026

Drs. 19/9802, 19/11433

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/11433 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
 Unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der
 Lebensmittelversorgungs-kette
 05.12.2025 - 27.02.2026
 Drs. 19/9825, 19/11432

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
 die auf Drs. 19/11432 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Sortenschutz – Bewertung der EU-Rechtsvorschriften
 26.01.2026 - 20.04.2026
 Drs. 19/9842, 19/11434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zur
 Kenntnis.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Nicole Bäumlner u.a. SPD
Menschen mit seelischer Behinderung besser unterstützen!
Drs. 19/561, 19/11253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Attraktivität von Schulleitungsämtern steigern –
Ursachen erfassen und Handlungsbedarf ermitteln
Drs. 19/7372, 19/11289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprachförderung im Vorkurs Deutsch 240 verbindlich gestalten
Drs. 19/8413, 19/11384 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: Ein gewaltfreies Leben für Frauen ist Voraussetzung für ein sicheres Bayern!
Drs. 19/8833, 19/11386 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Wasserstoffhochlauf als gescheitert anerkennen – Staatsregierung muss Fehlentwicklungen stoppen und Steuergeldverschwendung beenden
Drs. 19/8957, 19/11266 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayern zum europäischen Spitzenstandort für kleine modulare Reaktoren (KMR) entwickeln
Drs. 19/8958, 19/11268 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Freies Bankgeschäft für alle:
Verhinderung politisch motivierten Debankings
Drs. 19/8971, 19/11271 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Potenziale von E-Autos als Stromspeicher endlich nutzbar machen!
Drs. 19/9242, 19/11272 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU Ferienangebote im Rahmen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung – Einbindung der Kinder- und Jugendarbeit
Drs. 19/9246, 19/11256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Schwächung des Kompetenzstandorts für Schweinehaltung Niederbayern – Staatsgut Kringell als Ausbildungs- und Bildungsort für tierwohlgerichte und ökologische Schweinehaltung dauerhaft erhalten!
Drs. 19/9332, 19/11257 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Jetzt PFAS-Forschung voranbringen
Drs. 19/9333, 19/11328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Söders Wahlkampfversprechen endlich einlösen: Aktionsplan Queer jetzt vorlegen
Drs. 19/9413, 19/11387 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Barbara Becker, Maximilian Böttl, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Frauen als Gründerinnen unterstützen
Drs. 19/9594, 19/11275 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft: Ganzjahrestourismus fördern
Drs. 19/9603, 19/11258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft: Klimaanpassungsstrategien
Drs. 19/9604, 19/11259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft: Mobilität am Urlaubsort
Drs. 19/9605, 19/11260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft:
Bedeutung des Freizeitverkehrs in Bayern gerecht werden
Drs. 19/9606, 19/11261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Mehr Geld für heimische Wälder statt für fragwürdige
Klima-Regenwaldprojekte im Ausland: Jetzt Sonderförderung
für Spessart und Frankenwald initiieren
Drs. 19/9608, 19/11262 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung I:
Subsidiäre Schutzgewährung in der EU neu denken!
Drs. 19/9612, 19/11267 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung II: Wirkung der Bezahlkarte sichern – Umgehungsversuche sanktionieren!
Drs. 19/9613, 19/11269 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung III: Leistungsrechtliche Konsequenzen für Ausreisepflichtige massiv ausweiten!
Drs. 19/9614, 19/11270 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung IV:
Fallgruppen des dauerhaften Ausreisearrestes erweitern!
Drs. 19/9615, 19/11273 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung V:
Sanktionsmöglichkeiten bei ungeklärter Identität verschärfen!
Drs. 19/9616, 19/11274 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

27. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung VI:
Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorantreiben!
Drs. 19/9617, 19/11276 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung VII: „Extremismuscheck“ für Fördermittelempfänger im Migrations- und Asylbereich
Drs. 19/9618, 19/11278 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU Förderung von Nichtregierungsorganisationen aus dem Staatshaushalt – Transparenz herstellen!
Drs. 19/9641, 19/11389 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner, Holger Grießhammer u.a. SPD Gedenkstättenarbeit voranbringen I: Ertüchtigung des Bauamts Freising
Drs. 19/9652, 19/11290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner, Holger Grießhammer u.a. SPD Gedenkstättenarbeit voranbringen II: Update für pädagogische Programme in den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg
Drs. 19/9653, 19/11291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Gedenkstättenarbeit voranbringen III:
Pädagogisches Konzept für einen verpflichtenden Besuch von Schülerinnen und Schülern in einer KZ-Gedenkstätte erarbeiten
Drs. 19/9654, 19/11292 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Gedenkstättenarbeit voranbringen IV:
Außenlager der KZ-Gedenkstätten stärker zugänglich machen
Drs. 19/9655, 19/11293 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Anlasslose digitale Massenüberwachung verhindern –
Gegen jede Form von Chatkontrollen, ob verpflichtend oder freiwillig
Drs. 19/9660, 19/11281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Moratorium für die freiwillige Aufnahme und Neuansiedlung von Drittstaatsangehörigen in der EU sofort umsetzen
Drs. 19/9662, 19/11282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu den Ergebnissen der COP 30 – UN-Klimakonferenz in Belém, Brasilien
Drs. 19/9666, 19/11405 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU
Elektronischen Rechtsverkehr bei Gerichten beschleunigen – Anforderungen an Zustellungen vereinheitlichen
Drs. 19/9668, 19/11284 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle,
Dr. Stefan Ebner u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beschleunigter Ausbau öffentlich zugänglicher Elektroladesäulen
in Bayern
Drs. 19/9670, 19/11277 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel,
Leo Dietz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rahmenbedingungen für bestehende Biogasanlagen anpassen
Drs. 19/9672, 19/11279 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback,
Martina Gießübel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digitale Barrierefreiheit in zentralen IT-Systemen weiter voranbringen
Drs. 19/9674, 19/11390 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sozialstaat wieder gestalten statt verwalten II – Vereinfachungen in der Eingliederungshilfe
Drs. 19/9675, 19/11394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Sofortige Abschaffung des EU-CO₂-Grenzausgleichs (CBAM) zur Sicherung der bayerischen Industrie
Drs. 19/9677, 19/11280 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Finger weg vom Verbandsklagerecht – Gegen eine Einschränkung des Umweltverbandsklagerechts in Bayern
Drs. 19/9684, 19/11203 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm für günstigen Windstrom in Bayern
Drs. 19/9698, 19/11283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Pflege darf kein Armutsrisiko sein –
Bayern muss Heimkosten spürbar senken
Drs. 19/9699, 19/11252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Schluss mit der Dauerbelastung –
Transparenz zum Länderfinanzausgleich!
Drs. 19/9700, 19/11254 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Nachweis der Blauzungenkrankheit (BTV-3 und BTV-8) im Landkreis Berchtesgadener Land sowie zum aktuellen Geschehen zur Aviären Influenza
Drs. 19/9703, 19/11204 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Verbesserung der Karrierechancen und Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus an bayerischen Hochschulen
Drs. 19/9780, 19/11299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zusammenlegung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – rechtliche und organisatorische Möglichkeiten einer Fusion von Bayerischem Rundfunk und Südwestrundfunk
Drs. 19/9796, 19/11300 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern-Bausparer einführen – Förderung für Wohneigentum vereinfachen und bündeln!
Drs. 19/9805, 19/11225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Privates Kapital für die staatliche Wohnraumförderung mobilisieren -
Konservatives Anlageprodukt für bezahlbaren Wohnraum entwickeln
Drs. 19/9809, 19/11251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Neues Landesdesign im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) stoppen
Drs. 19/9836, 19/11397 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

53. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein gesonderter Sachkundenachweis für Landwirte
bei der Ausbringung von Biozidprodukten
Drs. 19/9838, 19/11263 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer u.a. SPD
Mehr Spielräume für kommunale Unternehmen
Drs. 19/9846, 19/11194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Geld für den kooperativen Naturschutz!
Drs. 19/9856, 19/11205 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratieabbau auch qualitativ weiterverfolgen:
Bericht über wegfallende Verwaltungsvorschriften
Drs. 19/9862, 19/11193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Milchmarktkrise entgegenwirken und bäuerliche Existenzen sichern –
Freiwilligen Lieferverzicht jetzt aktivieren
Drs. 19/9869, 19/11264 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Chancen der Neuen Genomischen Techniken (NGT) erkennen und nutzen
Drs. 19/9891, 19/11206 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
„Vogelbremsen“ / Antikollisions- und Abschaltssysteme beim
Windkraftausbau in Bayern – Art, Einsatz, Verbreitung und Wirksamkeit
Drs. 19/9903, 19/11329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Wirksamkeit der Bejagung von Wildgänsen aus umweltfachlicher Sicht
Drs. 19/9905, 19/11330 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

61. Antrag der Abgeordneten Christin Gmelch, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Nitratmessstellen in Bayern –
Gebietsausweisungen und Folgen für die Landwirtschaft
Drs. 19/9906, 19/11331 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

62. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bekennnis zum Staatsgut Kringell als dauerhaftem Bildungsstandort in Niederbayern
Drs. 19/9907, 19/11265 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen –
Zweckgebundene Ausnahme nur für die Arbeitsmigration
Drs. 19/9916, 19/11408 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

64. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheitspaket bayerischer Nahverkehr – Einführung digitaler Hausverbote, strafrechtliche Flankierung, Verhinderung von Belastungen für den Steuerzahler durch konsequenten Regress und vollständige Kostenfreistellung der Verkehrsunternehmen
Drs. 19/9969, 19/11409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

65. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Schutzoffensive für das Zugpersonal –
Flächendeckende Ausstattung mit audiovisuellen Bodycams im bayerischen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sicherstellen
Drs. 19/9970, 19/11400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

66. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Volker Bauer u.a. CSU
Kürzungen des Bundes beim kooperativen Naturschutz zurücknehmen, mehr finanzielle Mittel bereitstellen
Drs. 19/9976, 19/11207 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Richtiges Agieren im Kontakt mit Wildtieren
Drs. 19/9978, 19/11332 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

68. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Ermäßigtes Deutschlandticket für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern
Drs. 19/9980, 19/11398 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

69. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Personenschutz statt Sparzwang:
Sicherheit für das Bahnpersonal erhöhen
Drs. 19/9982, 19/11399 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

70. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auswirkungen der EU-Einstufung des Sikawildes (*Cervus nippon*) als invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung
Drs. 19/9988, 19/11404 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

71. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digital Only –
Vollständige Digitalisierung der bauaufsichtlichen Verfahren
Drs. 19/9992, 19/11401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leerstand vermeiden – Kommunale Handlungsmöglichkeiten stärken
Drs. 19/9997, 19/11402 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

73. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Daniel Artmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Praxisnah ausbilden statt an die Küste zwingen –
Sportschiffahrt mit Augenmaß reformieren
Drs. 19/9998, 19/11403 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/8971, 19/11271

Freies Bankgeschäft für alle: Verhinderung politisch motivierten Debankings

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Oskar Lipp

Abg. Josef Schmid

Abg. Florian Köhler

Abg. Tim Pargent

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Freies Bankgeschäft für alle: Verhinderung politisch motivierten Debankings (Drs. 19/8971)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Abgeordnete Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Hier geht es um einen eigenen Antrag, und zwar zum Thema "Freies Bankgeschäft für alle: Verhinderung politisch motivierten Debankings". Unser Antrag wurde bereits im Wirtschaftsausschuss beraten und gegen die Stimmen der AfD, im Übrigen einstimmig abgelehnt.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der SPD: Oh!)

Der Kollege Schmid von der CSU hat das mit dem Grundsatz der Vertragsfreiheit begründet – ein wichtiger Grundsatz unserer Wirtschaftsordnung und Verfassung. Die im Antrag genannten Fälle kenne er zwar nicht, er halte sie für weit hergeholt und es drohten praktische Abgrenzungsschwierigkeiten. Dazu muss ich aber klipp und klar sagen: Meine Damen und Herren, Vertragsfreiheit ist kein Freibrief für politische Diskriminierung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh!)

Sie endet nämlich dort, wo das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes, der Bayerischen Verfassung und der EU-Grundrechtecharta verletzt wird. Die politische Anschauung darf eben kein Kriterium für den Ausschluss vom Bankensystem sein,

schon gar nicht bei Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts, die einen gesetzlichen Versorgungsauftrag haben und oftmals in kommunaler Hand sind.

Ohne Bankkonto ist heute kein normales Leben mehr möglich, sei es als Privatperson, sei es als Verein oder als Partei. Parteien können dann keine Spenden annehmen, keine Überweisungen tätigen usw. Das ist kein theoretisches Problem, meine Damen und Herren. Das ist ein direkter Angriff auf die Handlungsfähigkeit demokratischer Akteure und die Chancengleichheit, die so für uns als AfD nicht existiert.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Kollegen im Bundestag haben dieses Problem bereits dort aufgezeigt. So werden regierungskritische Journalisten, alternative Medien und Oppositionsparteien, auch die AfD, oft ohne jede Begründung oder mit dem vagen Verweis auf sogenannte Reputationsrisiken systematisch von Konten ausgeschlossen. Meine Damen und Herren, solche Fälle gibt es auch hier in Bayern.

2021 zum Beispiel hat die VR Bank dem AfD-Ortsverband Dachau das Konto gekündigt. Im Jahr 2024 hat die VR Bank dem AfD-Kreisverband Neu-Ulm das Konto gekündigt. Man glaubt es kaum: Auch bei der Sparkasse im Bezirk Mittelfranken gab es nach Spenden von Bürgern an die AfD Anrufe, mit denen – ich möchte es mal vorsichtig formulieren – gefragt wurde, ob sie denn nicht von dieser Spende absehen möchten.

Meine Damen und Herren, das ist zutiefst undemokratisch. Das geht so nicht. Deswegen stellen wir heute diesen Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Eine Dokumentation des Magazins "Multipolar" hat über siebzig solcher Fälle bereits seit dem Jahr 2000 identifiziert, viele davon in Bayern. Das ist, meine Damen und Herren, ein Muster, das sich durch ganz Deutschland zieht. Der US-Präsident Donald Trump hat im letzten Jahr, nämlich im August, eine Executive Order erlassen, die

genau das verbietet, was hier passiert, nämlich die politisch motivierte Kontokündigung. Er hat klare Leitlinien gefordert, die Reputationsrisiken nicht als Vorwand für Diskriminierung zulassen, und den Banken eine schriftliche Begründung vorgeschrieben.

Meine Damen und Herren, unser Antrag fordert auf bayerischer, bundespolitischer oder EU-Ebene nichts anderes. Reputationsrisiken dürfen keine Begründung für politisch motivierte Kündigungen sein. Eine ausführliche schriftliche Begründung muss zwingend erforderlich sein.

Außerdem fordern wir mit unserem Antrag, dass das Sparkassengesetz präzisiert wird. Der Versorgungsauftrag und das Neutralitätsgebot gegenüber politischen Parteien müssen verbindlich geregelt werden. Auch müssen bereits betroffene Personen identifiziert und informiert werden; ihnen muss wieder ein Konto ermöglicht werden. Die Aufsichtsbehörden sollen die Einhaltung prüfen und bei Verstößen sanktionieren können.

Wir fordern außerdem, dass die Staatsregierung eine Gesamtstrategie gegen politisch motiviertes Debanking vorlegt. Die Argumente aus dem Ausschuss, das sei zu weit hergeholt und es bestünden Abgrenzungsschwierigkeiten, sind durchschaubar, meine Damen und Herren. Wenn Banken und Sparkassen von der Politik klare Regeln bekommen, ist die Abgrenzung durchaus machbar, im Gegensatz zu dem, was im Ausschuss gesagt worden ist.

In unserem Antrag – das Argument wird bestimmt gleich kommen – geht es eben nicht darum, dass wir wollen, dass Kriminelle Konten erhalten oder bekommen können bzw. dass das Konto ihnen nicht gekündigt wird. Es geht vielmehr darum, dass bei einem Verweis auf sogenannte Reputationsrisiken die Bank eine schriftliche Begründung vorlegen muss, damit solchen Fällen ein Riegel vorgeschoben wird. Es geht also darum, dass wir Bürger und Organisationen mit legalen Aktivitäten und verfassungsrechtlich geschützten Meinungen schützen. Wer heute Nein sagt, schützt nicht die Vertragsfrei-

heit, sondern die Willkür von sogenannten Instituten, die politisch unliebsame Meinungen aus dem Finanzsystem drängen wollen. Das ist es doch, meine Damen und Herren, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Oskar Lipp (AfD): – was das Vertrauen in unsere Demokratie und unsere Wirtschaftsordnung zerstört. Stimmen Sie zu.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Kollege Josef Schmid für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dankenswerterweise haben Sie mich bereits zweimal zitiert, Herr Kollege Lipp. Das macht es für mich einfacher, meine Rede auf das Wesentliche zu beschränken.

Ja, in unserem Land herrscht Vertragsfreiheit, und Vertragsfreiheit geht auch dahin, dass man auch Reputationsrisiken vermeiden darf. Jetzt würde ich mir an Ihrer Stelle überlegen, was Sie eigentlich so machen, was nach der Einschätzung von einigen Volksbanken offenbar zu Reputationsrisiken führt. Ich würde einmal bei mir selbst anfangen.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Meine Mutter hat mich jedenfalls so erzogen: Frag erst einmal nach, was du vielleicht selber falsch gemacht hast

(Gerd Mannes (AfD): Gar nichts!)

oder fortgesetzt falsch machst. Aber Sie wollen jetzt, dass wir die Marktwirtschaft und die Vertragsfreiheit dahin gehend einschränken. Das lehnen wir ganz klar ab. Fangen Sie bei sich selber an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dann tun Sie so, als ob das Neutralitätsgebot gegenüber politischen Parteien nicht normativ abgesichert sei. Das ist es bereits. Es gibt in der bayerischen Sparkassenordnung, wie ich finde, auch entsprechende Kontrahierungspflichten. Da geht es um diejenigen, die sozial sonst untergehen.

(Markus Saller (FREIE WÄHLER): Genau!)

Das halte ich auch für gerechtfertigt; aber eine Partei zu schützen, die durch ihre radikalen Äußerungen, durch menschenverachtende Thesen und menschenverachtende Politik sich selber ins Abseits stellt?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Und die vom Verfassungsschutz beobachtet wird!)

Das wollen wir wirklich nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Köhler, AfD-Fraktion, vor.

Florian Köhler (AfD): Herr Schmid, die Äußerung – gerade das mit dem Reputationsrisiko – geht völlig am Thema vorbei. Warum duldet die CSU hier in Bayern und anderswo, dass öffentlich-rechtliche Sparkassen, also Institute der Daseinsvorsorge, willkürlich Konten von Kritikern kündigen, obwohl der BGH schon vor zwanzig Jahren entschieden hat, dass das rechtswidrig ist und gegen die Grundrechte verstößt? Ich kann Ihnen gerne das Aktenzeichen geben. Mit grundrechtswidrigen Gesetzen kennt sich speziell die CSU aus; da haben Sie in diesem Jahr ohnehin schon Schlappen erlebt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet!)

Jetzt ist meine Kernfrage: Ist der CSU die Grundrechtsbindung öffentlich-rechtlicher Institute egal, solange es die Richtigen trifft? Oder warum weigern Sie sich, hier unserem Antrag, der ein politisch motiviertes Debanking verurteilt, zuzustimmen?

Josef Schmid (CSU): Herr Kollege Köhler, wenn Sie meinen, dass irgendetwas grundrechtsrelevant wäre, dann klagen Sie halt. Es ist Ihr gutes Recht, Sie haben es auch gerade wieder gemacht, und mit dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof hat Ihnen gerade ein unabhängiges Gericht in einem demokratischen Rechtsstaat gesagt: Ja, Sie dürfen vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Dieser Satz beantwortet auch den gesamten Rest.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am frühen Abend einen Antrag aus der Mottenkiste der Neuen Rechten.

(Zuruf: Jawohl!)

Die AfD jammert herum, weil anständige Banken keine Geschäfte mehr mit ihnen oder ihren Vorfeldorganisationen machen wollen. Sie führen hier beispielhaft ein paar Fälle von Privatbanken oder Genossenschaftsbanken an. Für Sparkassen haben Sie nur ein Indiz genannt. Ich sage ganz ehrlich: Auf der Indizienbasis werden wir sicherlich kein Sparkassengesetz ändern. Das wäre absolut absurd.

Hinsichtlich der privaten Banken muss ich jetzt einmal sagen: Privaten Banken vorzuschreiben, jedem ein Konto – und zwar über das gesetzliche Basiskonto hinaus –

eröffnen zu müssen, wäre für uns ein Eingriff in die Vertragsfreiheit, und es ist auch ein verqueres Bild von Freiheit, das Sie hier skizzieren: Freiheit ist die Freiheit, wie sie Ihnen gerade passt und wie Sie möglichst frei agieren können, aber nicht die Freiheit des anderen. Ich finde: Es sollte in einem freien Land wie Deutschland kein Mensch gezwungen werden, mit Rechtsextremisten Bankgeschäfte machen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Auch nicht mit Linksextremisten!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Florian Köhler, AfD-Fraktion, vor.

Florian Köhler (AfD): Herr Pargent, die GRÜNEN verstehen sich immer oder posieren zumindest als Verteidiger der Zivilgesellschaft; aber bei Fällen, die die Falschen treffen, da wird es dann immer auffällig still. Warum entdecken die GRÜNEN Debanking als Skandal, wenn es linke Vereine wie zum Beispiel die Rote Hilfe oder die DKP trifft, und schweigen oder verharmlosen es, wenn es konservative oder regierungskritische Vereine oder sogar Anwälte wie Markus Haintz betrifft? Warum schweigen Sie da?

Tim Pargent (GRÜNE): Wir schweigen dazu nicht, ich habe heute das Wort ergriffen, und wenn Sie künftig mit Beispielen kommen, wäre es ganz nett, wenn Sie die auch belegen könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Antrag der AfD liest, dann könnte man meinen, in Bayern würden massenhaft Bürger wegen ihrer politischen Meinung vom Zahlungsverkehr ausgeschlossen; die Realität sieht aber ganz anders aus: Die AfD konstruiert hier aus einzelnen, teils sogar umstrittenen Einzelfällen ein angeblich flächendeckendes

Problem des politisch motivierten Debankings. Als Beleg werden eine Handvoll Vorgänge aus mehr als zwei Jahrzehnten angeführt. Das ist eine ausgesprochen dünne Grundlage für eine derart weitreichende Forderung. Vor diesem Hintergrund lehnen auch wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Florian Köhler, AfD-Fraktion, vor.

Florian Köhler (AfD): Sie führen jetzt ins Feld, dass die Fälle, die wir aufgezeigt haben, zu lange her seien. Dann nenne ich Ihnen jetzt einen ganz aktuellen Fall, datiert vom 29.05.2026: Die Sparkasse hat dem Medienrechtsanwalt Markus Haintz das Privatkonto gekündigt. Wie stehen Sie dazu? Ist Ihnen das aktuell genug, oder brauchen Sie noch weitere Belege?

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Wissen Sie, Herr Kollege Köhler, ich bin Rechtsanwalt und ich beurteile Rechtsfälle nicht auf der Grundlage von eineinhalb Sätzen, sondern ich möchte gerne einen ganzen Sachverhalt haben, wenn ich mich dazu äußere.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, so ist es!)

Im Übrigen glaube ich: Das Plenum ist auch nicht der richtige Platz, um der AfD irgendwelche Rechtsauskünfte zu erteilen. Von daher frage ich mich: Was soll das? – Also: Danke, nein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Wir werden dem AfD-Mimimi-Antrag

(Lachen der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

natürlich nicht zustimmen, weil wir nicht der Meinung sind, dass Banken gezwungen werden müssen, verfassungsfeindliche Bestrebungen zu finanzieren. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem AfD-Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Es liegen keine vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.